



Themen in dieser Ausgabe:

- Die Staatsformlehre des Aristoteles am Beispiel Griechenlands
- Rußland und die monarchische Frage
- Ungewolltes Echo auf die Jubiläumsausgabe von *Corona*
- Wie lange ist ein König ein König?

Jahr 10, Ausgabe 10

19.07.15

Bezieher: 645

Die Staatsformlehre des Aristoteles am Beispiel Griechenlands

Die Griechen berufen sich gerne darauf, wesentlicher Bestandteil der Wiege der europäischen Zivilisation zu sein und verweisen dabei auf die Antike, wo viele Grundlagen der Modernität gelegt wurden. Ein interessantes Element von nach wie vor gültigen Erkenntnissen der griechischen Antike ist dabei die Staatsformenlehre von *Aristoteles*, die die heutigen Griechen offenbar nicht mehr beherzigen. Monarchie, Aristokratie und Politie (Einherrschaft, Mehrherrschaft und Herrschaft aller) als gute Staatsformen stehen Tyrannis, Plutokratie und Demokratie als schlechten Staatsformen entgegen. Der Unterschied zwischen positiver und negativer Ausprägung der Staatsformen besteht nach *Aristoteles* darin, ob eine Regierung am Eigennutz oder am Wohl aller orientiert ist, was sowohl in der Einherrschaft als auch in der Herrschaft aller vorkommen kann.

Was die Griechen nun mit dem sogenannten Volksentscheid von vor zwei Wochen getan haben, ist tatsächlich Demokratie in Reinform nach *Aristoteles*, also Eigennutz: Es wurde über ein Angebot abgestimmt, welches zum Zeitpunkt der Abstimmung gar nicht mehr auf dem Tisch lag. Die Wahlen wurden außerdem von Seiten der Regierung massiv in eine bestimmte Richtung beeinflusst. Dies alles diente ausschließlich dem Machterhalt der Regierung und dem Egoismus der Griechen gegenüber Europa, da man von eingegangenen Verpflichtungen nichts mehr wissen möchte. Anschließend wurde das Ganze dann tatsächlich als großer Sieg verkauft, welcher er nicht war, da man Schulden nicht abwählen kann und die griechische Regierung genau wie vor der Abstimmung sich mit den anderen 18 Ländern der Eurogruppe ins Einvernehmen setzen muß und deren Erwartungen durch das Votum keine Änderung erfahren haben. Folgt man wiederum *Immanuel Kant*, nach dem das Handeln jedes einzelnen jederzeit zur generellen Norm werden muß, wenn es moralisch sein soll, ist das Resultat der griechischen Demokratie für die Allgemeinheit tatsächlich ein schädliches. Was rät nun *Aristoteles* zur Verhinderung des Abdriftens in die schädliche Ausprägung einer Staatsform, in diesem Fall der negativen Ausprägung der Herrschaft aller? Er rät, sie mit Elementen der anderen Staatsformen zu vermischen, was das Auftreten der negativen Ausprägungen unwahrscheinlicher macht, da die Herrschenden in einer Art gesunden Konkurrenzverhältnis zueinander stehen. Man könnte auch sagen, *Aristoteles* war für eine konstitutionelle Monarchie.



Kronprinz Paul von Griechenland.

In der Tat äußerten sich Vertreter der griechischen Königsfamilie dann auch anders, als die Syriza-Leute. Wurde nach deren Wahl vom Königshaus noch vertreten, daß man Syriza ersteinmal eine Chance geben sollte, [empfahl Kronprinz Paul](#) den Griechen jetzt, für die Reformen und damit gegen die Wünsche von *Tsipras* zu stimmen, auch wenn er im selben Zug die Europäische Union kritisierte. Geholfen hat dies freilich nichts, und unabhängig davon, wie das Ergebnis des Schuldenstreits am Ende ist, werden die Griechen Jahrzehnte brauchen, um wieder als ernstzunehmendes, vertrauenswürdigen und seriöses Land wahrgenommen zu werden. Anders als Demagogen wie *Tsipras* hätte ein Monarch dies gewußt und eben auch einmal eine unpopuläre, aber notwendige Entscheidungen treffen können, da seine Machtbasis nicht auf dem wechselhaften und beeinflufßbaren Willen eines Wahlvolks besteht. [Hätte Griechenland noch einen König](#), wäre nicht das Land innerhalb kürzester Zeit durch einen gefährlich amateurhaften Ideologen wie *Tsipras* an den Abgrund geführt worden, auch Europa wäre weitgehend ohne den jetzt bereits entstandenen Schaden davongekommen.

In den vergangenen Jahren wurde von allen Ländern immer mehr staatliche Souveränität auf die EU übertragen. Die Griechenlandkrise scheint den Brüsseler Technokraten bei dieser Entwicklung recht zu geben, denn mittlerweile dürften die Völker in 18 von 19 Ländern der Eurozone die griechische Regierung nicht mehr für voll nehmen und sich tatsächlich weniger Souveränität für sie wünschen, wie es jüngst auch der griechischstämmige ehemalige FDP-Europaparlamentsabgeordnete *Georgios Chatzimarkakis* forderte, auch wenn er es nicht ganz so genannt hat. Vielleicht haben die Brüsseler Bürokraten ja tatsächlich Angst vor den schlechten Demokratien nach *Aristoteles*. Würde man diese jedoch wie von *Aristoteles* vorgeschlagen mit einer Monarchie verbinden, müßte man auch keine Angst vor nationaler Souveränität mehr haben. L.R.

In den vergangenen Jahren wurde von allen Ländern immer mehr staatliche Souveränität auf die EU übertragen. Die Griechenlandkrise scheint den Brüsseler Technokraten bei dieser Entwicklung recht zu geben, denn mittlerweile dürften die Völker in 18 von 19 Ländern der Eurozone die griechische Regierung nicht mehr für voll nehmen und sich tatsächlich weniger Souveränität für sie wünschen, wie es jüngst auch der griechischstämmige ehemalige FDP-Europaparlamentsabgeordnete *Georgios Chatzimarkakis* forderte, auch wenn er es nicht ganz so genannt hat. Vielleicht haben die Brüsseler Bürokraten ja tatsächlich Angst vor den schlechten Demokratien nach *Aristoteles*. Würde man diese jedoch wie von *Aristoteles* vorgeschlagen mit einer Monarchie verbinden, müßte man auch keine Angst vor nationaler Souveränität mehr haben. L.R.

Rußland und die monarchische Frage

Aus Rußland kommen wieder einmal widersprüchliche Zeichen. *Vladimir Petrov*, Mitglied des Parlaments der Region St. Petersburg, [forderte die Oberhäupter](#) der miteinander rivalisierenden Familienzweige der Romanows auf, nach Rußland zurückzukehren. *Großfürstin Maria Wladimirowna* und *Fürst Dimitri Romanowitsch* nehmen beide für sich in Anspruch, der Familie vorzustehen und in dieser Funktion Nachfolger *Zar Nikolaus' II. von Rußland* zu sein, doch beide leben im Ausland, was *Petrov* stört. Er gehört *Wladimir Putins* Partei „Einiges Rußland“ an und versprach, ein Gesetz einzubringen, das den Romanows einen besonderen Status garantiert, wenn sie zurückkehren. Dann soll ihnen auch ein früheres Zaren-

schloß zur Verfügung stehen. Diese Forderungen eines Parteifunktionärs führte zu wilden Spekulationen, [vor allem](#) im [Ausland](#). In der offiziellen [Moscow Times](#) folgte ein promptes Contra: Wenn Rußland einen Zaren brauche, habe es bereits einen: *Putin*. Er werde nie seine jetzige Position mit jemandem teilen, auch wenn ein richtiger Zaren nur kulturelle und repräsentative Funktionen ausüben sollte. *Stanislav Belkovsky*, Direktor des Moskauer Instituts *Center for National Strategy*, wird zitiert mit der Einschätzung: „*Putin benutzt schon monarchische Rituale. Er wird sie nicht aufgeben. Die von ihm erworbene Legitimität müßte er teilen, was er nicht tun wird.*“ H.S.

Ungewolltes Echo auf die Jubiläumsausgabe von Corona



Der französische Wirtschaftsminister **Emmanuel Macron** hat sich seit seinem Amtsantritt im letzten Jahr schon viele Feinde gemacht. Nun dürften einige hinzugekommen sein, denn in einem [Zeitungsinterview](#) meinte das enfant terrible der Sozialistischen Partei, die Demokratie sei unvollständig. Frankreich fehle ein König. Und das zentrale Ereignis der französischen Revolution, die Hinrichtung **König Ludwigs XVI.**, sei von der Mehrheit des französischen Volks nicht gewollt worden. Weise Einsichten eines Ministers, die hoffen lassen, daß Lernerfolge in der Politik doch erzielt werden können.

Alexander von Humboldt:

Jeder muß den Mut der Überzeugung haben.

Tage:

19. Juli 1810: + Königin Luise von Preußen
27. Juli 1980: + Schah Mohammed Resa Pahlevi
2. August 1955: + Kronprinz Rupprecht von Bayern

Impressum:

Herausgeber: V.i.S.d.P. Lukas Rottnick, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen aller Corona-Ausgaben: <https://coronachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 18. Juli 2015

Vor drei Wochen wurde die 150. Ausgabe von **Corona** versandt und den Autoren der Jubiläumsnummer sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gedankt. Sie haben sich so eingebracht, wie es sich die **Corona**-Redaktion öfters wünschen würde.

Allerdings ging auch dieses Mail ein: „*Danke für diese besondere Ausgabe der Corona. Sie soll die letzte gewesen sein, die ich noch bekomme und lese -- können Sie mich bitte aus dem Verteiler nehmen?*“ Natürlich wurde dieser Bitte entsprochen, doch die Frage, warum die Abbestellung ausgerechnet nach der Jubiläumsausgabe erfolgte, blieb unbeantwortet. Der Abonnent hatte mit der Redaktion schon früher Kontakt, weshalb seine Abbestellung doppelt traurig war. Zugleich ist deshalb über den Bezieher mehr bekannt als über andere, die bitten, von der Verteilerliste genommen zu werden. Es ist nicht die Absicht, jemanden bloßzustellen oder Übles hinterherzurufen, aber eine kleine Analyse sei gestattet. Bereits früher hatte der Abonnent geklagt, die Zahl der aktiven deutschen Monarchisten sei ihm zu klein. „*Es gibt Ideen, die sind schön, aber unrealistisch. Träumen davon, das erlaube ich mir -- aber meine Lebenszeit ist zu sehr bemessen, als dass ich mich mit Unmöglichkeiten aufhalten könnte,*“ schrieb er einmal. Natürlich wün-

schon sich die aktiven Monarchisten, es würden sich mehr Mitstreiter einstellen und die Arbeit könnte sowohl intensiviert als auch auf mehr Schultern verteilt werden. Aber: Es werden nicht dadurch mehr, daß sich die überzeugten Monarchisten resigniert verabschieden. Eine Überzeugung sollte verteidigt werden und das geht am besten im Kreis mit Gleichgesinnten. Mag er auch klein sein, dann sorgt man eben dafür daß andere dazustoßen. Was sich gerne als „die freieitlichste Demokratie, die je auf deutschem Boden existierte“ bezeichnet, toleriert keine abweichenden Meinungen und drängt junge Monarchisten zur Absage an ihre tiefen Überzeugungen. [Selbst Tote wie der Historiker Gerhard Ritter](#) werden ja wegen ihrer monarchistischen Überzeugung mit der Auslöschung bedroht. Eine solche Negation monarchistischer Ideen ist in Europa einmalig. H.S.



Ein [Sommercamp für jungen Royalisten](#) in Frankreich.

Wie lange ist ein König ein König?

Im vergangenen Monat konnte [der griechische König Konstantin II. seinen 75. Geburtstag](#) feiern. „Der griechische König“? In seinem Heimatland, in dem er am 2. Juni 1940 zur Welt kam, nennen ihn seine Gegner nur **Konstantin Glücksburg** (in deutscher Schreibweise), weil sie ihm den Königstitel absprechen. In ihrem Haß gingen einige Politiker sogar so weit, ihm die griechische Staatsangehörigkeit zu nehmen.

Die Diskussion um den Titel von Monarchen, die nicht mehr regieren, ist jedoch nicht auf Griechenland beschränkt, sie findet praktisch überall statt, wo Republiken an die Stelle von Monarchien gesetzt wurden. In Bulgarien nahm **König Simeon II.** von seinem Königsrang Abstand, als er sich dem Land als Ministerpräsident zur Verfügung stellte. [Jüngst erregte es Aufsehen](#), als die bulgarisch-orthodoxe Kirche beschloß, ihn als **König der Bulgaren** in ihre Gebet einzuschließen. Die Regierung, die ihn abgeleitet vom Haus Sachsen-Coburg und Gotha, dem er entstammt, nur **Saxcoburggotski** nennt, war darüber empört, aber die Kirche zeigte keine Bereitschaft, von ihrer Einstellung zum König abzurücken.

Ausgerechnet bei Wikipedia stand zur weitere Verwendung des Königstitels eine Einsicht, die Monarchisten teilen. In einer Diskussion um **König Manuel II. von Portugal** stand [dort](#): *As I understand it, Manuel was still properly called King Manuel II of Portugal. He was, however, no longer the King of Portugal. Does that make sense? He was still a King, but he was no longer the King of Portugal.* [john.k](#) (Wie ich es verstehe, wurde **Manuel** weiterhin **König Manuel II. von Portugal** genannt, nicht länger **der König von Portugal**. Er war noch immer Kö-

nig, aber nicht länger **der König von Portugal**.) Zustimmung kam von einem Mitdiskutanten: *John is right. Basically, a king is a king unless he says he is no longer a king. Titles don't disappear but power and privilege can be taken away from them.* [Charles](#) (Ein König ist so lange ein König, bis er sagt, er sei nicht mehr König. Titel können nicht verschwinden, jedoch kann man ihnen Macht und Vorrechte nehmen.) Ein Beispiel dafür liefern die Niederlande, wo sowohl **Königin Juliana** wie auch **Königin Beatrix** nach ihrer Abdankung nicht länger mit die Königswürde trugen, sondern sich fortan **Prinzessin der Niederlande** nannten.

Bei abgesetzten Monarchen läuft es auf die Frage der Anerkennung hinaus. Wenn gefordert wird, „Realitäten anzuerkennen“, wird niemand den Verlust der tatsächlichen Ausübung monarchischer Funktionen in Abrede stellen. Aber wie Anhänger des monarchischen Gedankens zu abgesetzten Königen als Träger einer de jure (Königs-)Würde stehen, ist allein deren persönliche Entscheidung. Gerade in Griechenland sagen viele: „**Konstantin bleibt mein König.**“ Das gilt unbenommen des Umstands, daß er staatsrechtlich durch einen Präsidenten ersetzt wurde. Was man für richtig und recht hält ist immer eine persönliche Angelegenheit, die sich der staatlichen Regelungen entzieht. „Die Gedanken sind frei“, sang der Domchor in Frankfurt vor **Königin Elizabeth** anlässlich ihres Besuchs. Man achtet die Gesetze, auch wenn man sie für falsch hält. Auf dieser Grundlage läßt sich an ihrer Änderung arbeiten. Das ist keine monarchistische Ansicht, Vielmehr gehen Republikaner nach diesem Prinzip gegen Monarchien vor. H.S.